

Mehr Freiheit statt immer neue Verbote

Deutscher Bauerntag: Hohe Kosten, staatliche Zwänge und Nachteile im internationalen Wettbewerb / Eigentum in Gefahr

PAUL LEONHARD

Hü und hott – so präsentierte sich die Politik beim Deutschen Bauerntag in Münster: Während Olaf Scholz den 500 Delegierten per Videobotschaft die Platiüde zuwirft, Landwirte seien einerseits für die Ernährungssicherheit unverzichtbar, und andererseits müssten sie von ihrer Arbeit leben können, macht sein grüner Agrarminister Cem Özdemir dieses Kanzlerverprechen wieder zunichte, indem finanzielle Hilfen zusichert – unter Bedingungen.

Geld soll es nur „für mehr Klima- und Tier-schutz“ geben. Selbstbestimmte Arbeit auf freier Scholle gibt es nicht mehr, denn die Landwirtschaft sei „wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig so vom tiefgreifenden Wandel“ betroffen. Das spürt der Bauer tagtäglich, wenn er seine Rechnungen anschaut: „Dünger kostet das Vierfache, Futter kostet das Doppelte, Diesel ist fast nicht mehr bezahlbar“, rechnet Joachim Rukwied vor, Chef des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Dazu kommen immer neue Vorschriften und Regelungen. So hat zwischen 2010 und 2020 die Zahl der Schweinehaltenden Bauern auf 32.000 fast halbiert. Elf von 20 Kilogramm Schweinefleisch müssen importiert werden, in der Regel aus Ställen, in denen Tierwohl ein Fremdwort sei. Konkret nennt er Spanien.

Rukwied fordert die zumindest vorübergehende Nutzung zusätzlicher Flächen für den Getreideanbau, denn „jede zusätzliche Tonne schwäche den Aggressor Rußland“. Vor Augen hat er eine

zusätzliche Erzeugung von 1,4 Millionen Tonnen Weizen – bei einer deutschen Erntemenge von durchschnittlich mehr als 50 Millionen. Özdemir verspricht ökologische Vorrangflächen zum Getreideanbau, die Aussetzung der ab diesem Jahr geplanten Fruchtfolgeregel, plädiert für eine vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer für bestimmte Produkte, kritisiert das Höfesterben, Überdüngung und Klimakrise und verkündet markig: „So wie es ist, kann es nicht weitergehen.“

Weniger Subventionen für die Förderung der Agrarstruktur

Zu Özdemirs Zukunftsperspektiven für das Landleben und die Höfe gehören die Tierhaltungskennzeichnung, höhere Preise, die die Verbrauchergewohnheiten am Fleischverzehr ändern sollen, sowie eine langfristige Finanzierungsperspektive beim Umbau zu einer nachhaltigen Landwirtschaft sowie ein neues Genehmigungsrecht bei Ställen. Die Forderung des DBV-Chefs nach Zuschüssen für neue Bewässerungsanlagen lehnt der Grüne dagegen ab. Die Wasserversorgung sei zwar das größte Zukunftsproblem der Bauern, aber „nicht alle Folgen des Klimawandels könne der Staat auf-fangen“. Es sei Sache der Landwirte, ihren Wasserbedarf effizienter zu steuern und Wasser eben „nachhaltig mehrfach“ zu nutzen.

Eine klare Antwort der Regierung auf das Motto des Bauerntages „Perspektiven schaffen – Zukunft bauen“. Zuvor hatte Rukwied bereits beklagt, daß man sich in einer „Berliner Blase“ mehr mit Gen-



Agrarminister Özdemir auf Bauerntag: Nutzung zusätzlicher Flächen für den Getreideanbau

dern und Wokeness befasse, als mit Themen, die die Menschen im ländlichen Raum wirklich betreffen. Das Bekenntnis Rukwieds zum Green Deal der EU rettet die deutschen Bauern auch nicht vor den Einsparungszielen von Finanzminister Christian Lindner (FDP), der den Rotstift bei der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ansetzt. Dreistellige Millionen sollen hier zu Lasten der Landwirte eingespart werden.

Ohne finanziellen Rückhalt durch die Bundesregierung könne die Weiterentwicklung der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit aber nicht gelingen, so Rukwied. Und dieser Rückhalt sei derzeit nicht gegeben. Die Politik müsse endlich aufhören, in Legislaturperioden zu denken, mahnte Theresa Schmidt, Vorsitzende des Bundes der deutschen Landjugend, gegenüber dem TV-Sender Phoenix. Wichtiger sei das Denken in Generationen, um den Junglandwirten, die bereits jetzt in neue Richtungen denken und für eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Produktion einsehen, Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

Deswegen hoffen die Bauern auch auf das endgültige Scheitern des geplanten Gesetzes zur Natur-

wiederherstellung (NRL), das die Ausweisung neuer Schutzgebiete und ein Vorkaufrecht für Umweltschutzorganisationen vorsieht. Im Umweltausschuß des EU-Parlaments hatte die EVP-Fraktion – zusammen mit den beiden Rechtsfraktionen und einigen Liberalen – die NRL-Pläne abgelehnt. Entscheiden wird jetzt am 12. Juli das Parlament. „Bauernland gehört in Bauernhand, Hände weg von unserem Eigentum!“, mahnte Rukwied.

Anders sieht es bei der Bestandsregulierung bei Wölfen und dem Einsatz von Biokraftstoffen aus. Hier müßte die Politik – sprich: Umweltministerin Steffi Lemke und ihre grünen Länderkollegen – ihren „Ideologiehelm“ ablegen. Auch der letzte Satz seiner Rede dürfte ein Schlag ins Gesicht der so gern reglementierenden Regierenden gewesen sein, falls ihn denn in Berlin überhaupt jemand zur Kenntnis genommen hat: „Wir brauchen Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere für die jüngere Generation – Freiheit und Offenheit anstelle von Verboten und Einschränkungen!“

► www.bauernverband.de/topartikel/deutscherbauernntag

Weder Kryptowährung noch echter Bargeldersatz

Geldpolitik: EU-Kommission will digitalen Euro / Großer Schritt in die technologische Zukunft oder der Weg zum totalen Überwachungsstaat?

DIRK MEYER

Für die einen ist es die Zukunft des Bezahlers, für die anderen Hexenwerk und überwachtes Kryptogeld: Am 28. Juni präsentierte die EU-Kommission ihren „Verordnungsentwurf über die Einführung des digitalen Euro“. Der „eEuro“ werde „neue Möglichkeiten für schnellere, sicherere und innovativere Zahlungen eröffnen“, erklärte Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton. Ähnlich wie Bargeld würde der eEuro von der EZB herausgegeben. Dieses insolvenz sichere Zentralbankgeld unterscheidet sich vom Kreditgeld, welches die Geschäftsbanken eigenständig schaffen und per Girokonto bereitstellen. Damit die „private Geld-druckerei“ nicht ausufernd, benötigen die Geldinstitute hierfür selbst Zentralbankguthaben (Mindestreserve), mit der die EZB neben dem Leitzins die Geldversorgung steuern kann.

Der eEuro ist also ein konkurrierendes Geld-mittel. Auch deshalb hält der Sparkassenverband DSGV das zusätzliche Zahlungssystem für „überflüssig“. Denn der eEuro ist als eine elektronische Geldbörse (Wallet) geplant, die von einer Geschäftsbank verwahrt würde. Insofern erfüllen die Geldkarte oder die Smartphone-App die gleichen Funktionen. Darum plädiert der DSGV zunächst für eine digitale Zentralbankwährung (CBDC), die die derzeit sichere Blockchain-Technologie nutzt und nur der Abwicklung von Transaktionen zwi-

schenden Banken dienen würde, also nicht im allgemeinen Zahlungsverkehr Verwendung findet.

Die EU-Kommission begründet den eEuro mit jenen Bürgern, denen ein eigenes Konto verwehrt würde (Mittellose, Flüchtlinge). Doch gemäß der EU-Zahlungskontenrichtlinie sind die Banken zur Einrichtung eines solchen bereits verpflichtet. Als Begründung taugt eher, die technologische Anschlussfähigkeit des Euro als Reservewährung (Anteil derzeit 20,5 Prozent) nicht zu verpassen. So sind laut Internationalem Währungsfonds derzeit 155 Länder dabei, eine Digitalwährung vorzubereiten. Dies würde auch die „strategische Autonomie Europas“ (EZB-Direktor Fabio Panetta) stärken und eine Alternative gegenüber potentiell unsicheren privaten Kryptowährungen bieten.

Neuartige Zahlungsdatenbanken ermöglichen „gläsernen Bürger“

Zunächst soll für den eEuro eine Obergrenze von 3.000 Euro gelten. Hintergrund ist zum einen die Umstellung für Banken. Aufgrund der Ausfallsicherheit ist der eEuro sicherer als das Geld auf dem Girokonto. Entweder müßten die Banken dieses zukünftig höher verzinsen oder die Einlagen würden in die eEuro-Geldbörse verschoben. Im Extremfall käme es gerade in der Einführungsphase zu einem Bank Run, denn ohne diese Obergrenze könnten die Geschäftsbanken für die Kundeneinlagen nicht

in dem erforderlichen Umfang Zentralbankgeld bereitstellen. Der andere Grund ist die Ausnahme von den sonst geltenden Geldwäscheregeln für digitale Zahlungen mit dem eEuro, die eine akzeptanzsichernde Anonymität der Transaktionen ermöglichen soll.

Der „Schutz der Privatsphäre“ soll laut Breton auf höchstem Niveau gewährleistet werden. Die Online-Übertragung über den Zahlungsdienst dürfte immerhin so privat sein wie die Überweisung bei einem Bankkonto: Nach der Identifikation des Kunden durch die Bank bestätigt die EZB bei Übertragung des eEuro-Betrages lediglich die Existenz und Echtheit der jeweiligen digitalen Euro – ohne Kenntnis der Person. Die Offline-Übertragung eines eEuro-Betrages via Nahfeldkommunikation (NFC) entspricht dem Niveau einer Geldkarte.

Allerdings wird die EU-Kommission ermächtigt, Durchführungsbestimmungen zu erlassen, um geringere Obergrenzen für Geldbestände in Wallets und für Offline-Transaktionen festzulegen, bei denen die erleichterten Geldwäschevorschriften gelten. Langfristig ist auch eine Verknüpfung der eEuro-Transaktionen mit der von der EU-Kommission vorangetriebenen „European Digital Identity“ denkbar. Damit sollen sich Bürger und Unternehmen künftig in der gesamten EU digital ausweisen können. In dieser Kombination lassen sich fast alle Daten automatisiert zusammenführen, so daß große private und staatliche Datenbanken entstehen könnten – zum „gläsernen Bürger“ ist es nicht weit.

Damit wäre auch eine Fernsteuerung unserer Geld-nutzung möglich – in Form eines Verfallsdatums von eEuros (Geldentwertung), eines Ausschlusses vom Kauf bestimmter Güter und Dienste bis hin zur vollständigen Kontosperrung einer Person – das chinesische Modell stände Pate. Das sind nur Optionen, doch wer kennt die Zukunft?

Zwar heißt es bei der EZB, beim eEuro würde es sich um ein elektronisches Gegenstück und eine Ergänzung zum Bargeld handeln. Auch die Kommission bekennt sich zum Bargeld. Doch die Diskussion um eine EU-weite Obergrenze von Bargeld-zahlungen und die Abschaffung der 500-Euronote gehen in eine andere Richtung. Ähnlich wie im Juni im slowakischen Parlament beschlossen, sollte im Artikel 88 des Grundgesetzes (GG) folgende Einfügung vorgenommen werden: „Die Notenbank stellt die Bargeldversorgung sicher. Das Recht auf Bargeld und seine uneingeschränkte Nutzung als Zahlungsmittel ist unantastbar. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Doch Unionsrecht hat Vorrang vor nationalem Verfassungsrecht: Die Bargeld-Zahlung muß daher zur „Verfassungsidiotität“ (Artikel 79 GG) gehören. Nur dann gilt: Was Artikel 79 der Disposition der Politik entzieht, kann auch nicht via Artikel 23 GG an die EU transferiert werden.

Prof. Dr. Dirk Meyer, lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► finance.ec.europa.eu/publications/digital-euro-package_en

Superblock aus USA und EU gegen China verlangt

NEW YORK. Der US-Demokrat und Präsidentschaftsberater Peter Richard Orszag hat eine euroatlantische Allianz gegen China verlangt. „Wenn die USA allein Sanktionen verhängen, wird das nicht funktionieren. Wenn aber die Vereinigten Staaten und die EU eine Art Superblock bilden, ist das ein sehr mächtiges Instrument, um weltweite Standards durchzusetzen“, erklärte der Finanzchef der Investmentbank Lazard im *Handelsblatt*. Viele Firmen würden derzeit schon prüfen, ihr Chinageschäft stärker zu separieren oder ganz abzuschalten. Der Streit zwischen Brüssel und Washington um US-Subventionen oder um Zölle auf Aluminium und Stahl dürfe nicht eskalieren, denn „wenn es den USA nicht gelingt, Europa und speziell Deutschland davon zu überzeugen, die Abhängigkeit von China zu verringern, wird das Derisking nicht funktionieren“, so der frühere Leiter des Budgetamts (OMB) unter Barack Obama. Auch die „rapide Zinswende“ der großen Notenbanken sei riskant: Momentan glauben die Bankkunden, daß die US-Regierung ihre Einlagen quasi unbegrenzt garantiert, aber falls es „zu weiteren Bankzusammenbrüchen kommt, ist es möglich, daß das nicht immer der Fall sein wird“, warnte Orszag. (fis)
► lazard.com/our-people/leadership-board

Länderfinanzausgleich für Berliner Straßensperrung

BERLIN. Das 2020 von der damaligen Verkehrsministerin Bettina Jarasch (Grüne) gestartete Projekt „Flaniermeile Friedrichstraße“ und die Komplettsperrung hat Millionenkosten verursacht. Das geht aus zwei AfD-Anfragen an den Berliner Senat hervor. Demnach sind insgesamt 2,8 Millionen Euro Landesmittel und 108.000 Euro EU-Fördergelder in das temporäre Autofahrverbot geflossen. Größter Posten war mit 756.602 Euro die Erhebung und Auswertung von Verkehrsdaten (Drucksachen 19/11486 und 15527). Weitere fünfstellige Kosten verursachten eine „Marketingkampagne“ (191.437 Euro), die „Gestaltungsplanung und technische Umsetzung“ (187.776 Euro), zusätzliche „Stadtmöbel“ und Stromversorgung (156.196 Euro bzw. 123.889 Euro) und „Prüfung, Transport, Montage und Reinigung von Parklets“ (103.710 Euro). Berlin erhält jährlich über 3,6 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich. (fis)
► pardok.parlament-berlin.de

Zahl der Woche

405.000 neue Wohnungen oder Einfamilienhäuser wurden seit 1950 durchschnittlich jährlich in der Bundesrepublik gebaut. Den Höchststand erreichte der Wohnungsbau 1973 mit 714.200 und 1964 mit 623.800 Fertigstellungen im früheren Bundesgebiet sowie 1995 mit 602.800 in Gesamtdeutschland. Tiefpunkte im Wohnungsbau waren die Jahre 2008 bis 2011, wo nur zwischen 159.000 und 183.100 Wohnungen fertiggestellt wurden. 2022 gab es 295.300 Fertigstellungen – 26,2 Prozent weniger als von der Bundesregierung versprochen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Robert Habeck – der grüne Kaputtmacher Vielversprecher statt Klimaretter

Einst war er Hoffnungsträger der Grünen, heute ist er nur noch eine „graue Maus“ – kein „Klimaretter“ und schon gar kein Heilsbringer. Die Grünen haben es unter

Aus Grün wurde Grau – aschgrau, fahl, marode. Den Grünen ist ganz offensichtlich der Kompaß verrutscht. Es scheint ihnen immer weniger um ihre Themen zu gehen, – sondern darum, möglichst schnell an Staatsknete und an lukrative Posten zu kommen, mit denen man die eigene „grüne Familie“ versorgen kann. Mächtige Finanzinvestoren und Milliardäre lenken Vettern, Verwandte und Freunde im Hause Habeck und verdienen dabei prächtig. Habeck und seine Kumpane haben das einstige Bundeswirtschaftsministerium zu einem „Bundesvetternwirtschafts- und Chaoten-Ministerium“ umgestaltet: Verwirrende Gesetzesvorlagen, undurchsichtige Personalpolitik. **Aber VORSICHT! Wir müssen Ka-**

Habeck geschafft, sich selbst ins Aus zu manövrieren. Stümperhafte Politik, überzogene Forderungen, Realitätsblindheit – so war die Politik der Grünen schon immer!

puttmacher Habeck und die Genossen ernstnehmen; denn sie verfolgen ganz besondere Ziele: Sie wollen ein anderes Deutschland, einen anderen Menschen, eine andere wirtschaftliche Ordnung und Armut für fast alle. Kaputtmacher Habeck und seine Grünen werden immer mehr zu einem Risiko für den Standort Deutschland. Unglaublich? Lesen Sie in unserer kostenlosen Broschüre, was – und wer – wirklich die Grünen heute leitet. Eines ganz bestimmt nicht: das deutsche Vaterland! Habeck, der so unschuldig wirkende Obergüne, kann mit dem deutschen „Vaterland“ nichts anfangen. Der konservative Publizist Peter Helmes hat eine neue brisante Broschüre geschrieben. Titel: „Habeck“ – Vielver-

sprecher und „Klimaretter“ – aber gewiß kein „Super-Minister“. Seine Broschüre entlarvt die gesellschafts-verändernde Politik der Grünen und rechnet schonungslos mit dem Kaputtmacher Habeck ab. Ein ganz, ganz schwerer Schlag gegen den grünen „Weltverbesserer“.



Erfolgsautor Peter Helmes hat diese aufsehenerregende Broschüre geschrieben. Bitter für den grünen Kaputtmacher!

Bestell-Coupon für kostenlose Broschüre

Ich bestelle kostenlos und ohne jegliche Verpflichtung die neue Broschüre von Peter Helmes

Habeck

Vielversprecher und „Klimaretter“ – aber gewiß kein „Super-Minister“

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Plz und Ort: _____

Bitte einsenden an: JF

Die Deutschen Konservativen e.V.

Postfach 76 03 09 · 22053 Hamburg
Tel.: 040/299 44 01 · Fax: 040/299 44 60
www.konservative.de · E-mail: info@konservative.de